



Ausschuss für Migrationsangelegenheiten

34. Sitzung (öffentlich)

30. September 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 12:30 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Stenograf: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz zur Förderung der Jugend (Jugendfördergesetz NRW)

1

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5392

In Verbindung damit:

Drittes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5576

Und:

**Gesetz zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes - 3. AG
SBG VIII (KJHG) NRW (Jugendfördergesetz NRW)**

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5578

Der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/5392, wird mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung durch die FDP-Fraktion abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 13/5576, wird mit Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.

Der Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 13/5578, wird mit Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der FDP-Fraktion bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion abgelehnt.

- 2 Gesetzentwurf der Länder Hessen und Bayern zur Verankerung des Integrationsgebots im SGB VIII - Abstimmungsverhalten der Landesregierung im Bundesrat** 2

Dem Bericht der Landesregierung schließt sich eine Aussprache an.

- 3 Erziehung zum fundamentalistischem Islamismus in NRW verhindern** 6
Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4594 (Neudruck)

Der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/4594 (Neudruck), wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen das Votum der CDU-Fraktion abgelehnt.

4 Zukunftsperspektiven für türkische Jugendliche schaffen 7

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5271

Der Ausschuss verständigt sich darauf, vor seiner abschließenden Beratung zunächst die Voten der mitberatenden Ausschüsse abzuwarten.

5 Junge Spätaussiedler integrieren - nicht stigmatisieren 8

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5465

In Verbindung damit:

Berufliche Integration der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in NRW voranbringen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5550

Der Ausschuss verständigt sich darauf, über die Anträge erst abschließend zu beraten und abzustimmen, sobald die Voten der mitberatenden Ausschüsse vorliegen.

6 Bilanz und Perspektiven von "KOALA" - Koordinierte Alphabetisierung in der Grundschule 11

Der Ausschuss nimmt zunächst einen Bericht der Landesregierung entgegen, dem sich sodann eine Aussprache anschließt.

7 Asylverfahren in Nordrhein-Westfalen beschleunigen und professionalisieren 14

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5945

Der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/5945, wird mit Stimmenmehrheit von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen das Votum von CDU und FDP abgelehnt.

8 Verschiedenes

a) Nächste Ausschusssitzung

b) Gemeinsamer Aufruf zur Wahl der Ausländerbeiräte/Integrationsbeiräte

Zu den Unterpunkten a) und b) siehe Seiten 14 und 15 des Diskussionssteils.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Ausschussvorsitzender Wolfgang Große Brömer die Anwesenden. Im Namen des Ausschusses überreicht er der Sprecherin der SPD-Fraktion einen Geburtstagsblumenstrauß.

(Allgemeiner Beifall)

Sodann verständigt sich der **Ausschuss** auf die Abfolge der Tagesordnungspunkte für die heutige Sitzung - Die Ministerin habe sich, so der Vorsitzende auf eine entsprechende Nachfrage des **Thomas Kufen (CDU)**, für die heutige Sitzung entschuldigt.

Auf Vorschlag der **Britta Altenkamp (SPD)** kommt der **Ausschuss** überein, das Thema

"Gesetz zur Änderung des Schulordnungsgesetzes (SchOG) und des Schulverwaltungsgesetzes (SchVG)"

erst im Rahmen einer der nächsten Sitzungen zu behandeln.

1 **Gesetz zur Förderung der Jugend (Jugendfördergesetz NRW)**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5392

In Verbindung damit:

Drittes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5576

Und:

Gesetz zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes - 3. AG SBG VIII (KJHG) NRW (Jugendfördergesetz NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5578

Ausschussvorsitzender Wolfgang Große Brömer weist auf die Beratungsgrundlage hin. Der Ausschuss habe in seiner heutigen Sitzung ein Votum gegenüber dem federführenden Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie zu formulieren.

Britta Altenkamp (SPD) macht auf Änderungsvorschläge der Koalitionsfraktionen aufmerksam, über die der federführende Ausschuss in seiner heute Nachmittag stattfindenden Sitzung befinden werde. Im Wesentlichen handele es sich um redaktionelle Änderungen.

Thomas Kufen (CDU) unterstreicht, dass es nach wie vor um eine einvernehmliche Lösung gehe. Seine Fraktion werde dem eigenen Antrag natürlich zustimmen, den Antrag der Koalitionsfraktionen ablehnen und sich beim Antrag der FDP-Fraktion enthalten. Eine weitere Debatte sei nicht mehr erforderlich. - Unbeschadet eines anderen Abstimmungsverhaltens, so **Marianne Thomann-Stahl (FDP)**, könne sich ihre Fraktion dem anschließen.

Sybille Haußmann (GRÜNE) betont, die Jugendhilfe beinhalte ausdrücklich ein Handlungsfeld betreffend die Integrationsarbeit sowie die interkulturelle und die internationale Jugendarbeit. Das Gesetz sei geeignet, für eine Weiterentwicklung der Jugendhilfe zu sorgen.

Der **Antrag** der Fraktion der CDU, Drucksache 13/5392, wird mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung durch die FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Der **Antrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 13/5576, wird mit Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP **angenommen**.

Der **Antrag** der Fraktion der FDP, Drucksache 13/5578, wird mit Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der FDP-Fraktion bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion **abgelehnt**.

2 Gesetzentwurf der Länder Hessen und Bayern zur Verankerung des Integrationsgebots im SGB VIII - Abstimmungsverhalten der Landesregierung im Bundesrat

Zum Thema des Tagesordnungspunktes berichtet **Abteilungsleiter Schäfer (MGSFF)**: Auf Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen habe sich die Juristenkommission der Jugendministerkonferenz mit der Frage auseinandergesetzt, wie mit dem VIKZ und speziell der Erlaubnis zum Führen von Einrichtungen, bei denen der Träger aus dem islamischen Bereich stamme, zu verfahren sei. Das Land Hessen habe sich darum bemüht, in dem § 1 des SGB VIII eine neue Ziffer 3 einzuführen. Danach sei es Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe, die Integration junger Menschen in Staat und Gesellschaft zu fördern. Im Verband mit anderen Bundesländern - Bayern und Baden-Württemberg hätten sich enthalten - vertrete Nordrhein-Westfalen die Auffassung, dass es sich bei dem Vorschlag um eine Präambelergänzung handele, die allerdings keine ausreichen-